KVJS
Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

KVJS- Postfach 10 60 22, 70049 Stuttgart

Stadt- und Landkreise und kreisangehörige Städte
mit einem Jugendamt in Baden-Württemberg

Liga und Landesverbände der freien Wohlfahrtspflege
in Baden-Württemberg
Landesjugendring Baden-Württemberg
Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg
Baden-Württembergische Sportjugend
Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit
Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit

Nachrichtlich:
Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit Baden-Württemberg
Ministerium für Kultus Baden-Württemberg
Landkreistag Baden-Württemberg
Städtetag Baden-Württemberg
Gemeindetag Baden-Württemberg

Dezernat 4
Jugend -
Landesjugendamt

Rückfragen bitte an:
Volker Reif
Tel. 0711 6375-440
Volker.Reif@kvjs.de

05. November 2026

Rundschreiben-Nr.
140/2026

Landesjugendhilfeausschuss Baden-Württemberg bekräftigt den demokratischen Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landesjugendhilfeausschuss Baden-Württemberg hat in seiner Sitzung am 21. Oktober 2026 den demokratischen Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe bekräftigt und zugleich das Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAG LJÄ) zum sogenannten „Neutralitätsgebot“ (*„Demokratie, Vielfalt und Wertefreiheit schützen – Die Rolle der Träger und Mitarbeitenden der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe im Kontext des sogenannten Neutralitätsgebots“*[1]) nachdrücklich unterstützt.

Damit bekennt sich das Fachgremium, das aus Vertretungen der kommunalen Landesverbände, der öffentlichen und freien Jugendhilfe sowie weiteren sachkundigen Persönlichkeiten besteht, zu einer Jugendhilfe, die den Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaats sowie den fachlichen Grundsätzen des SGB VIII verpflichtet ist (siehe auch KVJS-Pressemitteilung vom 27. Oktober 2026).

[1] https://www.bag-landesjugendaemter.de/de/neues/demokratie-vielfalt-wertefreiheit-schuetzen/

Ausgangspunkt sind zunehmende Vorwürfe gegenüber Trägern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gegen ein Neutralitätsgebot zu verstoßen. Eine aktuelle bundesweite Erhebung[2] verdeutlicht, dass in diesem Zusammenhang gerade auch Jugendverbände in Baden-Württemberg vermehrt politischer Einflussnahme und Einschüchterung ausgesetzt sind; etwa durch parlamentarische Anfragen, mit denen die Förderwürdigkeit infrage gestellt wird, Störungen von Veranstaltungen oder gar Angriffe auf Personen und Organisationen.

Der Landesjugendhilfeausschuss Baden-Württemberg stellt hierzu klar: Das verfassungsrechtliche Neutralitätsverständnis bezieht sich auf die parteipolitische Unparteilichkeit staatlichen Handelns. Es bedeutet jedoch nicht, dass sich die Kinder- und Jugendhilfe gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Positionen wertneutral verhalten muss.

Der Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses und Verbandsvorsitzendes des KVJS Baden-Württemberg, Landrat Gerhard Bauer, unterstreicht: *„Der Beschluss des Gremiums soll alle Akteure der Kinder- und Jugendhilfe in dem Verständnis bestärken, dass es zum gesetzlichen Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe gehört, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen und demokratisch handelnden Persönlichkeiten zu fördern. Öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe sind daher nicht verpflichtet, demokratie- oder menschenfeindlichen Positionen Raum zu geben oder diese gleichwertig neben den Werten des Grundgesetzes darzustellen.“*

Vor diesem Hintergrund unterstützt das KVJS-Landesjugendamt öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe durch Beratung sowie rechtliche und fachliche Einordnung bei Vorwürfen eines vermeintlichen Neutralitätsverstoßes. Ziel ist es, Handlungssicherheit zu schaffen und die Träger in ihrem gesetzlichen Auftrag zu stärken.

Der Landesjugendhilfeausschuss Baden-Württemberg stärkt mit seinem Beschluss damit allen Trägern, Fachkräften und Ehrenamtlichen den Rücken, die sich für junge Menschen sowie für Demokratie, Vielfalt und Offenheit engagieren.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Gerald Häcker

[2] https://www.dbjr.de/artikel/vorstellung-erster-ergebnisse-der-bedrohungsstudie